

Titel: Föderalismusreform: Wie wird der Staat wieder handlungsfähig?



Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- das deutsche System des Föderalismus kennen lernen
- die in ihm auftretenden Defizite identifizieren sowie die aktuelle Diskussion um die Reform des deutschen Föderalismus analysieren können.
- Unterschiede zu anderen Föderalismusstrukturen (hier der USA) erfassen können.



Aufgaben

- 1) Fassen Sie die wesentlichen Strukturmerkmale des deutschen Föderalismus zusammen. Wie lässt sich das Kompetenzverhältnis zwischen Bund und Ländern grundsätzlich charakterisieren?
- 2) Welche Defizite weist das bestehende System auf? Verdeutlichen Sie Ihre Ausführungen mit Hilfe der ersten angehängten Grafik sowie Beispielen aus der Wirtschaftspolitik.
- 3) Welche Reformbemühungen sind derzeit in Deutschland zu verzeichnen? Welche Probleme treten in diesem Zusammenhang auf? Erläutern Sie, warum der „Föderalismus seine eigene Reform verhindert“.
- 4) Welche gemeinschaftlichen und unterschiedlichen Interessen von Bund und Ländern sind in der Diskussion zu erkennen? Wie könnte ein Ausgleich zwischen diesen Interessen aussehen?
- 5) Inwieweit unterscheidet sich das US-amerikanische grundsätzlich von dem deutschen Föderalismuskonstrukt? Wie stellt sich hier das Machtverhältnis zwischen Bund und Einzelstaaten dar, welche Veränderungen waren diesbezüglich in den letzten Jahrzehnten zu beobachten? Wie ist die Effizienz des US-amerikanischen im Vergleich zum deutschen System zu bewerten? Welche Übertragungsmöglichkeiten sind ggf. denkbar?

Der Föderalismus blockiert seine eigene Reform

Eine baldige Neuregelung der Kompetenzen von Bund und Ländern ist nicht zu erwarten

- 5 Was ist der Föderalismus doch eigentlich für eine feine Sache. Regionale Probleme werden regional gelöst: Wenn die Saarländer bei sich zu Hause etwas klären wollen, müssen sie dafür nicht erst in ganz Deutschland eine Mehrheit organisieren. Die katholischen Bayern können sonntags in die Kirche gehen, die konfessionslosen Mecklenburger zum Einkaufen. Statt Gleichförmigkeit herrscht Wettbewerb: Die Schwaben probieren es so, die Bremer anders - und wer erfolgreicher ist, lässt hinterher die anderen an seinen Erfahrungen teilhaben. Flexibel, handlungsfähig, schlank - die ganze Welt müsste uns um unsere Bundesstaatlichkeit beneiden.
- 10 Tut sie aber nicht. Der deutsche Föderalismus gilt allenthalben als Teil des Problems, nicht der Lösung. Nicht Ideenvielfalt und Beweglichkeit kennzeichnen das deutsche System, sondern Blockade, Lähmung und Intransparenz. Die Länder sind in Wahrheit kaum mehr als Verwaltungsprovinzen des Bundes, ohne eigene Gestaltungs- und Finanzspielräume. Ihre Regierungschefs halten sich in Berlin schadlos: Dort können sie zwar nichts gestalten, aber viel verhindern. Infolgedessen läuft im Bund alle Macht nicht im Kanzleramt oder im Bundestag zusammen, sondern im Vermittlungsausschuss, wo seit Jahr und Tag hinter verschlossener Tür der große Reformenreißwolf arbeitet.
- 15 Obwohl die Schwächen lange bekannt sind, hat bislang keine noch so große Anstrengung ausgereicht, sie zu beseitigen. Der Föderalismus macht Deutschland reformunfähig - und damit auch föderalismusreformunfähig. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, dann wurde er am 17. Dezember 2004 erbracht: An diesem Tag erklärte die Föderalismuskommission unter Vorsitz von SPD-Chef Franz Müntefering und Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU), dass die Gespräche über eine Entflechtung von Bund und Ländern wegen unüberbrückbarer Differenzen in der Bildungspolitik gescheitert sind.
- 25 Was also ist zu tun? Könnte man eine Schere nehmen und sich die Verfassung neu zu-rechtschneiden, wäre das Schnittmuster relativ klar: Die Länder müssen mehr gesetzgeberische Verantwortung bekommen. Das schließt auch Zuständigkeiten im Steuerrecht mit ein: Sie müssen selbst dafür sorgen können, dass für ihre neuen Aufgaben auch das nötige Geld zur Verfügung steht. Dann bräuchte man auch keinen so rigiden Länderfinanzausgleich mehr.
- 30 In den Politikbereichen der Länder dürfte der Bund allenfalls noch harmonisieren, aber nicht mehr das gesamte Bundesgebiet von Flensburg bis Berchtesgaden feinsteuern. Dafür könnte er in Fragen, die die Länder nichts angehen, endlich nach eigenem Gutdünken schalten und walten. Der Bundesrat wäre kaum mehr als eine Art diplomatische Vertretung der Länder in Berlin, im Kernbereich der Bundespolitik hätten die Ministerpräsidenten nichts mehr verloren. Das wäre nicht nur effizienter, sondern auch besser für die Demokratie: Wenn irgendwo etwas schief geht, weiß der Wähler, wen er abwählen muss.
- 35 Diese oder ähnliche Erkenntnisse finden sich in unzähligen Abschlussberichten, Memoranden und Monografien. Bewirkt haben sie bekanntlich alle nichts. „Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem“, hat vor acht Jahren der damalige Bundespräsident Roman Herzog in seiner „Ruck“-Rede gesagt. Stoiber und Müntefering haben diesen Satz in den letzten Monaten oft zitiert.
- 40 Warum ist das so? Zum einen, weil Bundes- und Landespolitiker sich wechselseitig wenig zutrauen und für den Fall, dass man einen von beiden mit einem bestimmten Politikbereich alleine lässt, den Untergang des Abendlandes heraufbeschwören. Zum anderen haben viele Landespolitiker - und auch ihre Wähler - Angst vor zu viel Eigenverantwortung, geben den möglichen Wettstreit der Regionen von vorneherein verloren und sammeln
- 45 50

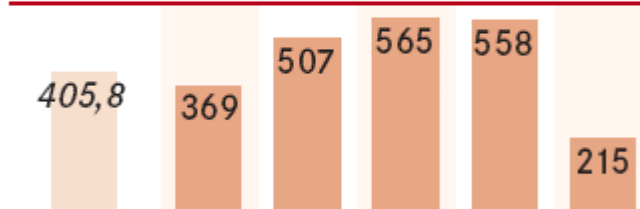
55 sich stattdessen zitternd unter dem schützenden Dach der „Gleichwertigkeit der Lebens-
verhältnisse“, wie es im Grundgesetz so schön heißt. Der dritte Grund: Jede Föderalis-
musreform muss mit Zweidrittelmehrheit durch den Bundesrat. Und die dort vertretenen
Ministerpräsidenten sehen vielfach gar nicht ein, wieso sie die für ihre Karriere so nützlich-
60 che bundespolitische Bühne einfach so verlassen sollen.

Quelle: Steinbeis, M., Handelsblatt, Nr. 156, 15.08.05, 4

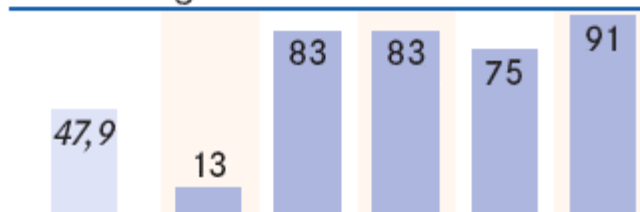
Blockade oder Mitwirkung?

*Viele Gesetze mussten ins umständliche
Vermittlungsverfahren – doch letztlich
konnten die meisten passieren*

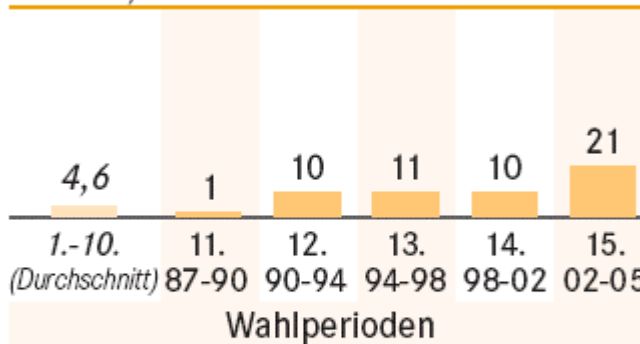
**Vom Bundestag beschlossene Gesetze, über
die der Bundesrat mitentscheiden durfte:**



Vermittlungsverfahren*:



Gesetze, die am Bundesrat scheiterten:



*Während der Vermittlungsverfahren wurden oft
Teile von Gesetzen abgespalten oder verändert,
damit sie passieren konnten.

Quelle: Bundesrat

HANDELSBLATT-GRAFIK

©Handelsblatt 156/05
15. August 2005

65 **US-Senatoren sehen sich nicht als Landesfürsten**

Washington zieht immer mehr Macht an sich

70 Wenn die Amerikaner von ihrer Bundesregierung in Washington reden, schwingt immer eine gehörige Portion Skepsis mit. Die „Feds“ (von Federal), wie die Bundesbehörden im Volksmund heißen, sind in den 50 Bundesstaaten nicht sonderlich beliebt. Dass die Verfassungsväter den Vereinigten Staaten eine föderale Struktur gegeben haben, diene denn auch vor allem dazu, die Macht der Zentralregierung in Washington zu begrenzen. Umso erstaunlicher ist es, dass sich der amerikanische Föderalismus im Laufe der Zeit als wesentlich dynamischer und handlungsfähiger erwiesen hat als der deutsche. Die treibende Kraft dafür sieht der österreichische Politikwissenschaftler Franz Fallend von der Universität Salzburg darin, dass die US-Bürger das föderale System eher „an seinen Leistungen messen und nicht als Wert an sich hoch halten“.

75 Im Unterschied zu Deutschland sind die Kompetenzen und Aufgaben klar zwischen der Zentralregierung in Washington und den Bundesstaaten getrennt. Allerdings gibt es in den USA seit vielen Jahren einen Trend, die Machtverteilung durch Bundeshilfen und Generalklauseln zu Gunsten des Bundes zu verändern. Zwar hat es vor allem von den Republikanern im Zuge der politischen Auseinandersetzung über den aus ihrer Sicht allmächtigen Wohlfahrtsstaat immer wieder Gegenbewegungen gegeben. Geändert hat das allerdings wenig. Zumal sich der Oberste Gerichtshof (Supreme Court) in föderalen Streitfragen häufig auf die Seite der Zentralregierung geschlagen hat.

80 Bedenkt man darüber hinaus, dass die Vereinigten Staaten mit ihrer präsidentiellen Regierungsform ohnehin mehr Macht in weniger Händen konzentrieren, als das in Deutschland möglich ist, erklärt sich, warum der Föderalismus in Amerika nicht zum Bremsklotz politischer Veränderungen geworden ist. Effizienz und Wettbewerb unter den Gliedstaaten stehen nach Auffassung von Thomas Fleiner, Leiter des Schweizer Instituts für Föderalismus, in den USA im Vordergrund. Dagegen hat die enge politische Verflechtung zwischen Bund und Ländern in Deutschland zu einer Konsens-Demokratie geführt, die Reformen erschwert.

85 Dazu ist es in Amerika auch deshalb nicht gekommen, weil die US-Staaten kaum noch Einfluss auf die Gestaltung der Bundesgesetze haben. Anders als die Ministerpräsidenten im deutschen Bundesrat verstehen sich die direkt gewählten US-Senatoren in erster Linie als Volks- und nicht als Ländervertreter.

90 Das mag zwar dem Wunsch der Verfassungsväter und dem föderalen Gedanken widersprechen. Die amerikanische Demokratie ist dadurch jedoch auch in Zeiten großer Veränderungen immer handlungs- und anpassungsfähig geblieben.

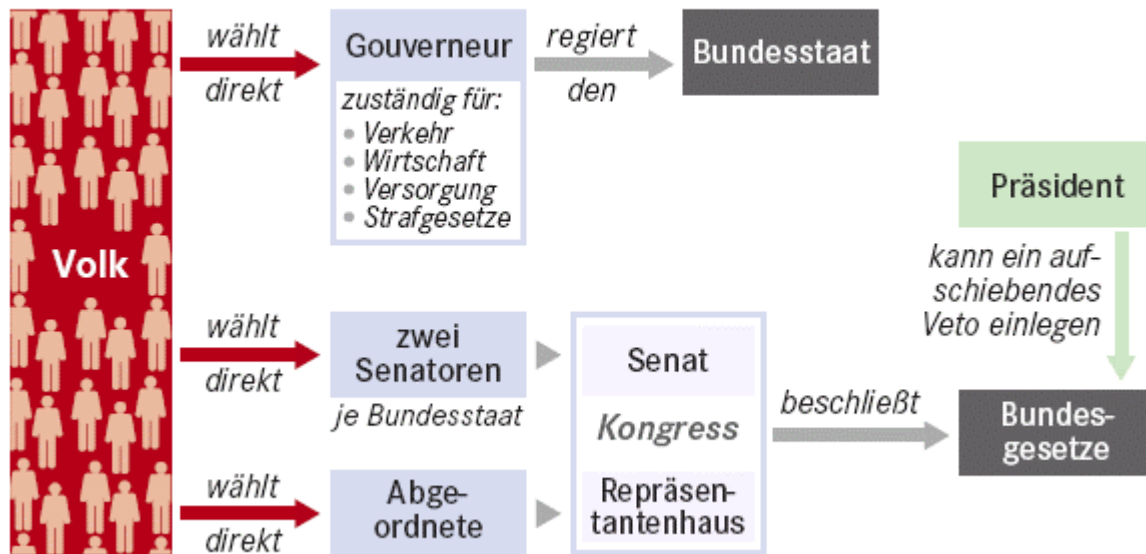
100

Quelle: Riecke, T., Handelsblatt, Nr. 156, 15.08.05, 4

Das föderale System der USA

Prinzip: Direktwahl von Personen

©Handelsblatt 156/05
15. August 2005



Quelle: Handelsblatt-Recherche

HANDELSBLATT-GRAFIK